

Bisherige Arbeiten

Zentraler Gegenstand meiner Forschung ist die Herausforderung, die Nachhaltigkeit allgemein und den Klimawandel im Besonderen für Politik und Gesellschaft darzustellen. Dabei interessiert mich, wie einerseits ökologische Krisen gesellschaftlich gedeutet, politisch bearbeitet und in Transformationsprozesse zur Nachhaltigkeit kanalisiert werden; und wie dabei andererseits neue Politikformen entstehen, die verschiedene Akteure (staatlich, nicht staatlich), Ebenen (global, national, lokal) und Dimensionen von Autorität (politisch, privat, wissenschaftlich) miteinander verknüpfen. Meine Dissertation etwa untersucht, wie „Klimawandel“ in ausgewählten Kontexten – Deutschland, Frankreich, EU, Vereinte Nationen – zum Objekt politischen Handelns wurde. Anhand von Zugängen aus politischer Soziologie und Science and Technology Studies zeigt sie, wie existierende Akteurskonstellationen und diskursive Rahmungen in der Energie- und Umweltpolitik zu einer jeweils unterschiedlichen Strukturierung des neuen Feldes der „Klimapolitik“ geführt haben. Diese Forschung wurde in zwei Richtungen fortentwickelt:

Erstens durch Studien zur globalen Klimagovernance. Die Entstehung des Klimaregimes (UNFCCC) wurde als Prozess analysiert, der zunehmend auch globale Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen kristallisiert. Da sich in der Folge jedoch ein enges Verständnis von Klimawandel als globalem *Umwelt*problem durchsetzte, fokussieren Klimaverhandlungen vor allem Emissionsminderungen und sparen Themen wie die Regulierung des Welthandels oder globaler Energiemärkte aus. Diese Ausblendung zentraler sozioökonomischer Treiber der Klimaerwärmung in der Klimagovernance haben wir als „Wirklichkeitsspaltung“ beschrieben und eingehend untersucht in einer in Frankreich breit rezipierten Monografie zum Klimaregime. Anschließend habe ich mit Kolleginnen und Kollegen eine Beobachtung der Klimakonferenz COP21 in Paris (2015) geleitet. In einem bei Routledge erschienenen Sammelband entwickeln wir die These einer zunehmenden *Klimatisierung* globaler Debatten: Verschiedene Bereiche globaler Politik – Sicherheit, Biodiversität, Entwicklung usw. – werden dabei diskursiv in Bezug zur Klimaproblematik gesetzt.

Zweitens habe ich aus vergleichender Perspektive Versuche politischer Steuerung von ökologischen Transformationen im Energiebereich untersucht, insbesondere in Deutschland und Frankreich. Dabei lag der Fokus auf der Suche nach Erklärungsfaktoren – Akteurskoalitionen

nen, Mediendiskurs, politisches System, Stärke der Umweltbewegung – für Unterschiede in der deutschen und französischen Energiewende. Idealtypisch lassen sich dabei zwei Transformationsmodelle unterscheiden: in Deutschland ist eine neue Akteurskoalition mit einem alternativen Politikprogramm an die Macht gekommen, wobei dieses mit der Zeit zunehmend administrativ eingegrenzt und „domestiziert“ wurde; in Frankreich wurde die *Transition* hingegen von Teilen der politischen Elite „orchestriert“, indem zivilgesellschaftliche Akteure in die Politikformulierung einbezogen wurden. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der *Rolle von Wissenschaft und Expertise* in der Nachhaltigkeitsdebatte, insbesondere der Einfluss von Klimawissenschaft, von Klimaskeptikern sowie von neuartigen Prognose- und Modellierungstechniken.

Im Ergebnis erscheint die ökologische Krise als *globaler politischer Konflikt*, der neben der Verteilung von *goods* (Ressourcen) auch die Verteilung von *bads* (Risiken) zum Gegenstand hat und an dem sich aktuelle Probleme der „Weltinnenpolitik“, wie etwa Fragen globaler Entwicklung und Gerechtigkeit, exemplarisch kristallisieren. Zudem wird Klimawandel zunehmend zum paradigmatischen Umweltproblem unserer Zeit und *Klimatisierung* zu einer wichtigen Triebfeder des sozialen Wandels in industrialisierten Gesellschaften.

Aktuelle Forschungsarbeiten

Meine aktuellen Forschungsvorhaben knüpfen an die skizzierten Forschungsstränge und -ergebnisse an und zielen darauf ab, anhand empirischer Studien zur Klimagovernance die Genese und Funktionsweise einer globalen *Politik der Begrenzung* zu untersuchen.

Hintergrund sind aktuelle Bestrebungen, ausgehend von einer wissenschaftlichen Abschätzung der Tragfähigkeit der Ökosysteme globale ökologische Grenzen zu bestimmen, die den Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung der Weltgesellschaft vorgeben sollen. Die Institutionalisierung solcher Grenzen ist in der Klimadebatte am weitesten fortgeschritten, da das „2°C-Ziel“ zur Limitierung der globalen Erwärmung gemeinhin als ökologische Grenze anerkannt wird und durch das Klimaabkommen von Paris auch im internationalen Recht verankert wurde. Dem steht allerdings ein tiefgreifender Wandel in der Klimagovernance gegenüber. Anstelle des *top-down*-Ansatzes des Kyoto-Protokolls (1997), das verbindliche Reduktionsziele für Industriestaaten vorsah, tritt ein *Bottom-up*-Ansatz: Staaten wie nicht staatliche Akteure sollen frei bestimmbare Klimapläne vorlegen, die in 5-Jahres-Zyklen evaluiert und überarbeitet werden. Zudem ist Klimagovernance nach Paris explizit *performativ* angelegt: Die Verabschiedung des 2°C-Ziels wird als „Signal“ einer unausweichlich fortschreitenden „globalen ökologischen Wende“ gedeutet, an dem wirtschaftliche und politische Akteure weltweit ihr Handeln neu ausrichten sollen.

Ausgehend von dieser Sachlage untersuche ich „Klimagovernance“ als ein politisches Projekt der *Begrenzung* und (Um-)Steuerung globaler gesellschaftlicher Entwicklung, das im Kern durch eine Spannung zwischen einer „harten“, wissenschaftlich fundierten Norm (das 2°C-Ziel) und „weichen“ Steuerungsinstrumenten gekennzeichnet ist. Grundfrage ist dabei, inwieweit diese Governance die ihr zugeschriebene Koordinationsfunktion erfüllt, das heißt ob durch die freiwilligen und dezentralen Handlungen einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteure tatsächlich ein tiefgreifender Prozess sozioökologischen Wandels eingeleitet wird oder ob eher von einer marginalen Anpassung der Funktionsweisen des „fossilen Kapitalismus“ und einer Intensivierung globaler sozioökologischer Konflikte ausgegangen werden muss.

Entscheidend ist also, ob empirisch tatsächlich eine Steuerungswirkung von Klimagovernance hin zu einer „Begrenzung“ globaler sozioökonomischer Entwicklung nachgewiesen werden kann. Die forschungsleitende Hypothese meiner Arbeit ist, dass in diesem Prozess dem 2°C-Ziel eine zentrale *Koordinationsfunktion* zukommt: Es bildet den normativen Fluchtpunkt für die Evaluierung der im Rahmen des Paris-Abkommens vorgelegten Klimapläne sowie für Versuche staatlicher Bürokratien, Experten, NGOs oder *think tanks*, das komplexe Nachhaltigkeitsproblem Klimawandel in verschiedene Politik- und Gesellschaftsbereiche zu *übersetzen* und so für politisches und wirtschaftliches Handeln zu *operationalisieren*.

Empirisch gliedert sich meine aktuelle Forschung in drei größere Bereiche: *Erstens* untersuche ich die praktische Umsetzung und Ausgestaltung des **globalen Begutachtungsprozesses**, der durch das Paris-Abkommen eingeführt wurde. Diese Forschung wird insbesondere im Rahmen eines Unterprojekts (B2: Klimagovernance) des Exzellenzclusters CliCCS durchgeführt. *Zweitens* beschäftige ich mich damit, wie in **Klimaklagen** – neuartigen Gerichtsprozessen gegen Staaten und Unternehmen, um diese zur Einhaltung von Klimazielen oder zur Zahlung von Entschädigungen für Klimaschäden zu zwingen – neue rechtliche Pflichten für Unternehmen und Staaten festgelegt werden. *Drittens* interessiere ich mich für die **Entwicklung „nachhaltiger“ Investmentpraktiken**, beispielsweise durch die Bestimmung neuer Rechenschaftspflichten für Finanzmarktakteure.